

DIETER GRIMM

Verfassung und Privatrecht
im 19. Jahrhundert

Jus Publicum

269

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 269



Dieter Grimm

Verfassung und Privatrecht im 19. Jahrhundert

Die Formationsphase

Mohr Siebeck

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. *Dieter Grimm*, LL.M. (Harvard), geb. 1937, em. Professor für Öffentliches Recht an der Humboldt-Universität zu Berlin, Permanent Visiting Professor an der Yale Law School, 1987–1999 Richter des Bundesverfassungsgerichts im Ersten Senat, 2001–2007 Rektor des Wissenschaftskollegs zu Berlin.

ISBN 978-3-16-155557-2 / eISBN 978-3-16-155661-6
ISSN 0941-0503 (Jus Publicum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2017 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Laupp & Göbel in Gomaringen aus der Garamond gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Vorwort

Dieses Buch ist kein Spätwerk, sondern ein verspätetes Werk. Es handelt sich um die Schrift, mit der ich mich im Februar 1979 am Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Frankfurt habilitiert habe. Die lange Zeitspanne, die zwischen der Entstehung des Textes und seiner Publikation liegt, verlangt nach einer Erklärung. Meine Habilitationsschrift teilt das Schicksal mit anderen Habilitationsschriften, deren Autoren die Absicht hatten, ihr einen zweiten Band hinzuzufügen, zu dem es dann nicht mehr kam. Mein Glück, im unmittelbaren Anschluss an die Habilitation in Frankfurt einen Ruf an die Universität Bielefeld zu erhalten, gereichte dem geplanten zweiten Band zum Pech. Über die Umstände gibt das „Wissenschaftsbiographische Interview“ Auskunft, das Christian Waldhoff, Oliver Lepsius und Matthias Roßbach mit mir geführt haben und das im Mai 2017 bei Mohr Siebeck erschienen ist. Der erste und nun einzige Band behandelt die Formationsphase des Verhältnisses von Verfassung und Privatrecht nach der Französischen Revolution und endet mit dem Einsetzen der Restauration um 1820. Der zweite hätte die verbleibenden Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts abgedeckt. Es dauerte eine ganze Weile, bis ich mir eingestand, dass es zu dem zweiten Band nicht mehr kommen würde. Doch dann setzten die Skrupel ein, einen vor vielen Jahren geschriebenen Text unverändert herauszubringen. Mit Hilfe vieler Freunde und Kollegen habe ich sie schließlich überwunden, zumal ich die Arbeit nicht für zwischenzeitlich überholt halte. Sie wird inhaltlich unverändert, aber in behutsamer Anpassung an die neue Rechtschreibung publiziert. Die Arbeit entstand am Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt. Dessen damaliger Direktor Helmut Coing war der Zweitgutachter; das Erstgutachten schrieb Michael Stolleis. Franz-Peter Gillig gehörte zu den Ermunterern und hielt immer an der Zusage fest, die Arbeit zu publizieren, falls ich mich dazu entschlösse. Ihm und allen, die den Entschluss zur Publikation gefördert haben, sei aufrichtig gedankt.

Berlin, im Frühjahr 2017

Dieter Grimm

Inhalt

<i>Einleitung: Historische und systematische Grundlagen des Verhältnisses von Verfassung und Privatrecht</i>	1
1. Variationen des Themas	1
2. Die deutsche Variante	11
3. Widerspiegelungen in der Rechtswissenschaft	17
4. Der systematische Grund des Dualismus	24
5. Verbindungslinien zwischen Verfassung und Privatrecht	30
 <i>1. Kapitel: Die ursprüngliche Einheit von Verfassung und Privatrecht in der Französischen Revolution</i>	39
1. Die Verfassungstheorie der Assemblée constituante	39
2. Die historischen Voraussetzungen der Staats- und Gesellschaftsreform	44
3. Die Grundprinzipien der neuen Ordnung	50
4. Die Konsequenzen von Freiheit und Gleichheit für Verfassung und Privatrecht	55
5. Die Verfassungsentwicklung bis 1799	61
6. Die privatrechtliche Ausformung von Freiheit und Gleichheit der Person	68
7. Die Eigentumsgesetzgebung	75
8. Die napoleonische Wende und der Code civil	82
 <i>2. Kapitel: Die Verbindung von traditioneller Verfassung und bürgerlichem Privatrecht in den Rheinbund-Staaten und Österreich</i> ...	89
1. Der Code Napoléon als Instrument der Angleichung des Rheinbunds an Frankreich	89
2. Die Rheinbund-Reformen als Vorleistung für ein bürgerliches Privatrecht	95

3. Die Verfassungsfrage in der Diskussion	103
4. Das Schicksal des Code Napoléon im politischen System der Rheinbund-Staaten	109
5. Die österreichische Reformära und die Kodifikationspläne	116
6. Das österreichische ABGB im Rahmen der politischen Reaktion ...	123
<i>3. Kapitel: Die wechselseitige Behinderung von Verfassung und Privatrecht in der preußischen Reformära</i>	<i>131</i>
1. Die Startbedingungen der preußischen Reformen	131
2. Die Verfassungspläne im Kontext der Reformpolitik	139
3. Die problematische Parallelität von Verfassung und Privatrechtsreform	146
4. Die Interdependenz von Verfassung und Privatrecht bei den Agrarreformen	157
5. Die Herstellung der Gewerbefreiheit als Gegenprobe	164
6. Das rheinische Recht als Verfassungersatz	172
7. Folgen der gescheiterten Verfassung	179
<i>4. Kapitel: Verfassung als Garantie des privatrechtlichen status quo in Süddeutschland</i>	<i>187</i>
1. Staat und Gesellschaft im süddeutschen Konstitutionalismus	187
2. Die privatrechtliche Bedeutung der süddeutschen Grundrechte	196
3. Die Organisation der Volksvertretungen als Vorentscheidung über Privatrecht	204
<i>Quellen und Literatur</i>	<i>215</i>
<i>Personenregister</i>	<i>231</i>
<i>Sachregister</i>	<i>235</i>

Abkürzungsverzeichnis

AGBGB	Gesetz zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuches
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
BGHZ	Sammlung der Entscheidungen des BGH in Zivilsachen
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
FBPG	Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte
FDG	Forschungen zur deutschen Geschichte
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HZ	Historische Zeitschrift
Jb	Jahrbücher
JZ	Juristenzeitung
MIÖG	Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung
Nass. Annalen	Jahrbücher des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung
PrJb	Preußische Jahrbücher
RhHbl	Rheinische Heimatblätter
SZGerm	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
ZAA	Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie
ZbLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte
ZHF	Zeitschrift für Historische Forschung
ZgS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft

Einleitung

Historische und systematische Grundlagen des Verhältnisses von Verfassung und Privatrecht

1. Variationen des Themas

Das Verhältnis von Verfassung und Privatrecht scheint erst ein Thema unserer Tage zu sein. Grundrechte, die den Anspruch erheben, die Staatsgewalt in allen Äußerungsformen unmittelbar zu binden, zwingen auch zur Frage nach der privatrechtsgestaltenden Wirkung der Verfassung. Für das 19. Jahrhundert vermittelt die rechtshistorische Literatur dagegen den Eindruck weitgehender Beziehungslosigkeit. Ohne dass die Autonomie der beiden Bereiche ausdrücklich behauptet oder belegt würde, bildet sie doch die stillschweigende Arbeitshypothese der Rechtsgeschichte. Die Literatur teilt sich in Verfassungsgeschichte einerseits, Privatrechtsgeschichte andererseits, und selbst dort, wo beide Gebiete gemeinsam zum Gegenstand der Untersuchung gemacht werden, geschieht das regelmäßig nicht unter dem Gesichtspunkt der Verbindung, sondern der Abgrenzung.¹ Es interessiert dann, welche Rechtsregeln denn öffentlich-, welche privatrechtlicher Natur sind und wodurch sie sich unterscheiden. Hinter dieser literarischen Grenze stehen auch wissenschaftsorganisatorisch zwei Disziplinen, eine verhältnismäßig stark ausdifferenzierte und mit dem geltenden Recht nur locker verbundene Privatrechtsgeschichte und eine Verfassungsgeschichte, die, soweit sie von Juristen betrieben wird, weitgehend Annex der Staatsrechtslehre ist. Solche Bereichsaufteilungen sind zur Ermöglichung wissenschaftlicher Erkenntnis unerlässlich. In der notwendigen Fragmentierung der Wirklichkeit liegt aber immer auch die Gefahr von Wirklichkeitsverlusten. Hier geht es um die Frage, ob mit der Beziehungslosigkeit von Verfassungs- und Privatrechtsgeschichte des 19. Jahrhunderts ein solcher Wirklichkeitsverlust verbunden ist.

Richtet man die Frage an die Rechtswissenschaft des vorigen Jahrhunderts, so scheint diese ihren heutigen Interpreten allerdings Recht zu geben. Die weitgehende Beziehungslosigkeit zwischen Verfassung und Privatrecht kennzeichnet nicht erst die Literatur *über* das 19. Jahrhundert. Sie bestimmt vielmehr schon die

¹ Auch *Bullinger*, Öffentliches Recht und Privatrecht, 1968, der die Tragfähigkeit der Unterscheidung für die Gegenwart bezweifelt, verfolgt in seinem historischen Rückblick auf das 19. Jahrhundert nur das Trennungdenken. Eine wichtige Ausnahme bildet *Leisner*, Grundrechte und Privatrecht, 1960, dessen historischer Untersuchung freilich die dogmatische Zielsetzung des Werks Schranken zieht. Ein schönes Beispiel für die Verbindung von Verfassungs- und Privatrechtsgeschichte anhand eines Einzelproblems bei *Stolleis*, Die bayerische Gesetzgebung zur Herstellung eines frei verfügbaren Grundeigentums, in Coing/Wilhelm (Hrsg.), Wissenschaft und Kodifikation des Privatrechts III, 1976, 44.

Literatur aus dem 19. Jahrhundert. Von Savigny bis Windscheid und von Mohl bis Laband stehen Verfassung und Privatrecht für sich. Die Verfassung findet in der privatrechtlichen Literatur üblicherweise nur bei der Rechtsquellenlehre Erwähnung, wenn es um die Kriterien geltender Gesetze geht. Das gilt nicht allein für die Literatur zum Gemeinen Recht, sondern ebenso für die verfassungsnäheren Landesrechte. In einer so repräsentativen Darstellung wie der von Förster/Eccius², die die Entwicklung des preußischen Privatrechts ausführlich referiert, wird der Umstand, dass Preußen 1850 Verfassungsstaat wurde, nicht einmal der Notiz für wert befunden. Dernburg bemerkt in seinem Überblick über den Rechtszustand nur, dass die Privatrechtsgesetzgebung nach dem Übergang zum Verfassungsstaat „einen beschleunigteren Gang nahm“³, ohne dies jedoch auf die Verfassung zurückzuführen, denn als Triebkräfte erscheinen im folgenden Satz nur „der um jene Zeit auftretende Aufschwung von Verkehr und Industrie“ und „das wachsende Übergewicht des Liberalismus“⁴. Beiläufig fließt unter Hinweis auf den Eigentumsartikel ein, dass Privatrechte Schutzobjekt der Verfassung seien.⁴ Zur Frage nach etwaigen Wechselwirkungen führt diese Feststellung aber nicht. In den Lehren zur Auslegung des Privatrechts spielt die Verfassung gar keine Rolle. Vollends vergeblich wäre es, in der Judikatur nach einer Entscheidung wie dem Herrenreiter-Urteil des Bundesgerichtshofs oder dem Lüth-Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu suchen, wo die Verfassung unmittelbar verändernd auf privatrechtliche Normen oder Normverständnisse eingewirkt hat.⁵

Auch bei der Ausarbeitung des Bürgerlichen Gesetzbuchs wurde auf die Verfassung kein Bezug genommen. Andererseits war das BGB überhaupt erst durch einen lange umkämpften Verfassungszusatz, den Artikel 4 Nr. 13, möglich geworden. Seine Bedeutung erschöpfte sich aber in der Verleihung der Gesetzgebungskompetenz an das Reich. Wie der Reichsgesetzgeber diese Kompetenz nutzte, interessierte verfassungsrechtlich nicht mehr. Die Kriterien, unter denen sich die Vorkommission an die Arbeit begab, waren die „Zweckmäßigkeit, innere Wahrheit und Folgerichtigkeit“⁶, nicht die Verfassungskonformität des künftigen Privatrechts. Auch bei den Expertenberatungen oder den Parlamentsdebatten lässt sich ein inhaltlicher Einfluss der Verfassung nicht erkennen, wenn man von einer so vereinzelt und nicht spezifisch verfassungsrechtlich gemeinten Bemerkung wie der des Schuldrechtsredaktors Kübel absieht, dass das gemeinrechtliche Institut der *cessio in potestatem* überflüssig sei, seitdem die Gleichheit aller vor dem Gesetz bestehe.⁷ Unter den zeitgenössischen Kritikern des Entwurfs nahm hieran nur Gierke Anstoß, für den eine „Einheit des Zieles“ beide Rechtsge-

² Förster/Eccius, Preußisches Privatrecht I, ⁶1892.

³ Dernburg, Preußisches Privatrecht I, ⁵1894, 24.

⁴ Ebenda, 63.

⁵ BGH Z 26,349 im Anschluss an BGH Z 13,334; BVerfG 7,198.

⁶ Bundesrats-Beschluss vom 22.6.1874.

⁷ Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich, Recht der Schuldverhältnisse I, 1882, 21. Zum Hintergrund vgl. Luig, Die „Reinigung“ des römischen Rechts am Beispiel des Verbots der *cessio in potestatem*, in: Wilhelm (Hrsg.), Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, 1972, 208, bes. 220 ff.

biete verband, aus der ein Mindestmaß inhaltlicher Übereinstimmung notwendig folgte.⁸ Aus dieser Einstellung konnte er den Redaktoren vorwerfen, sie wollten das Privatrecht „inmitten unseres reich bewegten öffentlichen Lebens künstlich isolieren und so aus dem großen einheitlichen Gefüge unseres nationalen Rechtssystems gewaltsam herausreißen“⁹.

Die inhaltliche Verbindung lag freilich bei der Eigenart der Reichsverfassung, die sich als Organisationsstatut verstand und auf Grundrechte verzichtete, nicht auf der Hand. Indessen waren die Kodifikationsarbeiten in Ländern, die Verfassungen mit Grundrechtskatalogen besaßen wie Sachsen und Bayern, ebenfalls eine privatrechtsimmanente Angelegenheit geblieben. Das spricht für die Annahme, dass auch die Existenz von Grundrechten der Reichsverfassung keine erhöhte privatrechtliche Relevanz verliehen hätte. Die Erklärung liegt darin, dass die Staatsrechtslehre gar nicht den Anspruch auf Grundrechtskonformität des Privatrechts erhob. Soweit den Grundrechten der Rechtscharakter nicht überhaupt bestritten wurde, galten sie nach der herrschenden Meinung jedenfalls nie im Privatrechtsverkehr, sondern nur im Verhältnis von Bürger und Staat. Auch hier richteten sie sich aber in erster Linie an die Exekutive. Der Gesetzgeber sollte nur dann gebunden sein, wenn Grundrechte bestimmte Institutionen wie die Erbuntertänigkeit oder die Standesschranken geradewegs abschafften und auf diese Weise sofort „konkrete Gestalt“ gewannen, „da das durch Aufhebung der betreffenden bisher beschränkenden Normen erzielte Vakuum eben der vom Verfassungsgesetzgeber gewollte Zustand“¹⁰ war. Positiv enthielten die Grundrechte dagegen lediglich „Direktiven“, die dem Gesetzgeber seine Entscheidungsfreiheit juristisch beließen. Unter diesen Umständen mussten sie freilich auch für die Interpretation folgenlos bleiben. Der Zivilrichter durfte nicht unter Berufung auf Grundrechte den gesetzgeberischen Willen umdeuten oder gar außer Acht lassen. Die Grundrechte besaßen „keine privat- oder strafrechtliche, sondern ausschließlich staats- und verwaltungsrechtliche Bedeutung“¹¹, sie waren „im Kern ihres Wesens Ansprüche auf Unterlassung von Verwaltungsakten“¹².

Ganz im Gegensatz zu diesem Trennungsdanken, das bis heute das Bild des 19. Jahrhunderts bestimmt, hatte zu Beginn der hier betrachteten Epoche die französische Nationalversammlung die Ausarbeitung einer Privatrechtskodifikation beschlossen, deren Regeln nicht nur „claires et simples“, sondern auch „appropriées à la Constitution“ sein sollten.¹³ Die Verfassung war zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollendet. Seit einem Jahr bestand aber die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Im Namen des Verfassungsausschusses hatte der Abgeordnete Mounier Priorität für eine solche Rechteerklärung gefordert, weil sie die Grundlage der gesamten Sozialordnung bilde und auch die Staatsorganisation bestimmen müsse. Um das augenfällig zu machen, sollte sie Bestandteil der

⁸ Gierke, Die soziale Aufgabe des Privatrechts, 1889, Neudruck 1943, 5.

⁹ Gierke, Der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches und das deutsche Recht, 1889, 108.

¹⁰ Jellinek, System der subjektiven öffentlichen Rechte, ²1905, 97.

¹¹ Anschütz, Die Verfassungsurkunde für den preußischen Staat I, 1912, 156.

¹² Ebenda, 96.

¹³ Décret sur l'organisation juridique vom 16.8.1790, Art. 19, *Duvergier* I, 361.

Verfassung werden und nicht als selbständige Proklamation auftreten.¹⁴ In der parlamentarischen Debatte über diesen Antrag und, nachdem er am 4. August 1789 mit großer Mehrheit angenommen war, über den Inhalt dieser Erklärung kam dann vollends zum Vorschein, dass die Nationalversammlung den Sinn der Freiheitsrechte nicht nur im Schutz vor der monarchischen Exekutive sah. Vielmehr sollten sie auch die Leitideen der künftigen Gesetzgebung bilden. Diese wurde durch die Verfassung nicht nur organisatorisch geregelt, sondern auch materiell vorstrukturiert. Als der Beschluss vom 16. August 1790 die Forderung nach Verfassungskonformität der Gesetze auf das Privatrecht anwandte, erhob sich in der Nationalversammlung keinerlei Widerspruch mehr. Einige Redner legten ihr im Gegenteil nahe, sogleich Leitlinien für die Privatrechtskodifikation aufzustellen, damit angesichts der Langwierigkeit der Aufgabe der Zusammenhang mit der Verfassung und den Justizgesetzen auch über die Legislaturperioden hinweg sichergestellt sei.¹⁵

Die Forderung nach Übereinstimmung von Verfassung und Privatrecht blieb in Frankreich auch bestimmend, als die Ausarbeitung des Privatrechts begann. Das geschah nicht sogleich in Form der beschlossenen Kodifikation. Die Assemblée constituante wollte diese Aufgabe ihrer Nachfolgerin überlassen. Dessenungeachtet nahm sie aber einzelne privatrechtliche Materien schon vorab in Angriff. Bei näherem Zusehen fällt auf, dass es gerade solche waren, die in einem besonders engen Zusammenhang mit den Menschenrechten standen wie beispielsweise das Bodenrecht und das Erbrecht. In der Begründung des Gesetzesentwurfs über die Erbfolge sagte der Abgeordnete Merlin unter anderem: „Messieurs, vous avez voulu établir en France un gouvernement libre; vous avez voulu faire régner entre tous les citoyens une parfaite égalité de droits, et sans doute vous avez voulu que votre ouvrage se soutienne. Dès lors, n’admettez donc rien dans vos lois civiles qui contarie ce grand but. Vous savez combien il est important que, dans tout pays, les lois soient toujours modelées sur les principes de la Constitution; vous savez que le rapport des unes avec les autres tient tous les ressorts du gouvernement dans une tension continuelle, et que ces principes en reçoivent à leur tour une nouvelle force“¹⁶. In den Kodifikationsarbeiten erhielt sich diese Überzeugung. Als Cambacérès am 9. August 1793 dem Konvent den ersten Entwurf für einen Code civil vorlegte, betonte auch er: „La vérité est une et indivisible. Portons dans le corps de nos lois le même esprit que dans notre corps politique, et, comme l’égalité, l’unité, l’indivisibilité ont présidé à la formation de la république, que l’unité et l’égalité président à l’établissement de notre Code civil; que ce soit en un mot par le petit nombre des textes que nous arrivions à cette unité harmonique qui fait la force du corps social“¹⁷.

In ihrer Geburtsstunde auf dem europäischen Kontinent wurde die Verfassung also nicht vom Privatrecht isoliert gedacht. Ihre Schöpfer wollten mittels

¹⁴ Archives parlementaires VIII, 216.

¹⁵ Archives parlementaires XVI, 705.

¹⁶ Archives parlementaires XX, 603.

¹⁷ *Fenet*, Recueil complet des travaux préparatoires du Code civil I, 1827, 3.

der Verfassung nicht nur den Staat neu organisieren und sein Verhältnis zu den Bürgern verrechtlichen. Vielmehr sollte auch das Privatrecht Prinzipien folgen, die in der Verfassung niedergelegt waren. Da dieselbe Forderung für das Strafrecht, das Prozessrecht und die Gerichtsverfassung erhoben und teils sogar gleich realisiert wurde, kann man von der Verfassung sehr wohl als der materiellen Grundlage der Gesamtrechtsordnung sprechen. Es ist allerdings aufschlussreich, dass diese einheitsstiftende Funktion der Verfassung für die Rechtsordnung insgesamt hundert Jahre später selbst historisch kenntnisreichen deutschen Staatsrechtslehrern nicht mehr nachvollziehbar war. In seiner bedeutenden Untersuchung zur Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte führte Georg Jellinek den von ihm verwerteten Protokollen der französischen Nationalversammlung zum Trotz aus: „Wir wissen heute, dass die Freiheitsrechte nicht positiver, sondern negativer Natur sind, dass sie nicht einen Anspruch auf ein Tun, sondern auf ein Unterlassen des Staates begründen. Darin liegt auch einzig und allein ihre praktische Bedeutung“¹⁸. Insoweit bestünde keinerlei Unterschied zwischen der französischen Déclaration und ihren amerikanischen Vorbildern, denen jene im übrigen „nicht einen originellen Gedanken“ hinzugefügt habe.¹⁹

Nun ist Jellineks Behauptung vom negativen Charakter der Grundrechte für die amerikanischen Verfassungen des späten 18. Jahrhunderts in der Tat nicht unbegründet. Sie entstanden im Zuge der Loslösung der Kolonien von der englischen Krone. Dazu kam es wegen der ungleichen Belastungen, die das Mutterland den Kolonien nach dem Siebenjährigen Krieg auferlegen wollte, ohne dass diese doch die Gelegenheit gehabt hätten, durch eigene Repräsentanten an der Festsetzung mitzuwirken. Ihre Beschwerde gründete sich darauf, dass ihnen die rights of Englishmen vorenthalten würden. Es lag ihnen aber fern, die englische Rechtsordnung selbst in Frage zu stellen. Erst als der im Rahmen der englischen Verfassung ausgetragene Konflikt nicht zum Erfolg führte, entschlossen sie sich zum Bruch mit England. Dieser revolutionäre Schritt ließ sich freilich nicht mehr positivrechtlich begründen. Die Kolonisten legitimierten ihn vielmehr naturrechtlich, indem sie auf „unalienable rights“ verwiesen, deren Verletzung zum Widerstand berechtige.²⁰ Das durch den Verlust der traditionellen Staatsgewalt entstandene Vakuum füllten sie mittels geschriebener Verfassungen, die Kataloge dieser unalienable rights enthielten. Wie neuere Forschungen gezeigt haben, geschah dies nicht im Bewusstsein einer beispiellosen Neuerung, sondern war in einer langen anglo-amerikanischen Tradition vorbereitet.²¹ Durch die revolutionäre Trennung von England konnte diese Tradition in Amerika die Gestalt

¹⁸ Jellinek, Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, 1895, hier zitiert nach dem Sammelwerk von *Schnur* (Hrsg.), Zur Geschichte der Erklärung der Menschenrechte, 1964, 30.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Declaration of Independence, vielfach abgedruckt, z. B. bei *Morison* (Hrsg.), Sources and Documents illustrating the American Revolution, Neudruck der 2. Aufl., 1962. S. dazu *Grimm*, Europäisches Naturrecht und Amerikanische Revolution, Ius commune III (1970), 120.

²¹ Vgl. *Stourzh*, Die Konstitutionalisierung der Individualrechte, JZ 1976, 397; *ders.*, Vom aristotelischen zum liberalen Verfassungsbegriff, in: *Engel-Janosi* u. a. (Hrsg.), Fürst, Bürger, Mensch, 1975, 97. Materialien bei *Thorpe* (Hrsg.), The Federal and State Constitutions, Colonial Charters, and other Organic Laws of the States, Territories and Colonies, 7 Bde, 1909.

moderner Verfassungen gewinnen. Eine legitime Staatsgewalt wurde durch sie gleichzeitig begründet und begrenzt. Namentlich erfüllten die Rechteerklärungen den Zweck, eine inneramerikanische Wiederholung solcher Vorfälle zu verhüten, wie sie zur Revolution geführt hatten. Dagegen brauchten sie angesichts einer durch die Revolution gar nicht berührten, vom allgemeinen Konsens getragenen Sozialordnung nicht reformierend auf das Privatrecht ausstrahlen. Nicht aus sozialen Ursachen hervorgegangen, bildeten die amerikanischen Verfassungen auch nicht den Auftakt einer umfassenden Gesellschaftsreform, sondern schlossen die Revolution ab. Die Grundrechte wirkten hier in der Tat nur negativ.

In Frankreich war die Revolution dagegen weniger politisch als sozial bedingt. Sie richtete sich in erster Linie gegen die funktionell nicht mehr legitimierbare Privilegierung der oberen Stände und die fortschrittschennenden Beschränkungen des Eigentums und der wirtschaftlichen Betätigung. Der monarchische Staat war, abgesehen davon, dass er als Polizeistaat einen Unsicherheitsfaktor für den Einzelnen bildete, eher mittelbar als Stütze dieses Systems betroffen. Nachdem aber König und Aristokratie jede Reform der bestehenden Ordnung verweigert hatten, setzte sich der Dritte Stand gewaltsam in den Besitz der politischen Macht, um auf diese Weise seine sozialen Forderungen zu verwirklichen. Diese Forderungen gipfeln wie die der amerikanischen Kolonisten in den Begriffen von Freiheit und Gleichheit. Während sie in Amerika aber einen sozialen Zustand beschrieben, der gegen eine äußere Bedrohung verteidigt werden sollten, zogen sie ihren Sinn in Frankreich vorwiegend aus der Negation des Ancien régime. Freiheit hieß zuallererst Beseitigung einer Ordnung, die den Einzelnen einem heteronom gesetzten Gerechtigkeits- und Tugendideal unterwarf, so dass sein Platz und seine Funktion in der Gesellschaft, seine Lebensweise und seine Verfügung über die Güterwelt weitgehend vorausbestimmt waren. Positiv meinte sie Selbstbestimmung jedes Einzelnen, als deren Hauptanwendungsfall die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit galt. Gleichheit fungierte als notwendiges Korrelat dieser Freiheit. Sie richtete sich gegen die ständische Gliederung der Gesellschaft, mit der eine Großzahl der Freiheitsbeschränkungen zusammenhing, und gegen das Privileg als staatliche konzessionierte Einzelfreiheit, die andere gerade vom Genuss derselben Freiheit ausschloss. Statt Geburt und Gunst sollten Talent und Leistung die Sozialstruktur bestimmen.

Dass sich die Franzosen zur Durchsetzung dieser Ziele ebenfalls des Mittels der geschriebenen Verfassung bedienten, lag nach den amerikanischen Vorgängen nahe, und der amerikanische Einfluss auf die französische Nationalversammlung ist vielfach nachweisbar.²² Zudem hat die Geschichtswissenschaft jüngst wieder in Erinnerung gerufen, dass der Verfassungsstaat nicht nur in Amerika, sondern auch auf dem europäischen Kontinent an ältere Formen der Beschränkung der

²² Vgl. den ausdrücklichen Hinweis des Berichterstatters des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung *Chamion de Cicé*, Archives parlementaires VIII, 281. Aus der neueren Literatur etwa *Palmer*, The Age of the Democratic Revolution I, 1959, 239 ff.; *Echeverria*, Mirage in the West: A History of the French Image of American Society to 1815, 1956; *Gottschalk*, Lafayette between the American and the French Revolution, 1950.

Staatsmacht durch Herrschaftsverträge, Wahlkapitulationen, Fundamentalgesetze etc.²³ anknüpfen konnte, die der Menge der Gesetze im Rang vorgingen. Man darf freilich über der Wiederentdeckung einer Traditionskette die Unterschiede nicht verkleinern. Die älteren Formen beschränkten stets eine bereits vorhandene und aus sich heraus legitimierte Herrschaft, während die Verfassungen im Gefolge der Revolutionen Amerikas und Frankreichs gerade aus der Notwendigkeit hervorgingen, legitime Herrschaft überhaupt erst zu begründen. Als Träger des *pouvoir constituant* trat dabei nun das Volk in Erscheinung. Dementsprechend galten die Verfassungen im Prinzip auch für alle Bürger, wohingegen die älteren Grundgesetze meist nur einer privilegierten Gruppe von Einwohnern unmittelbar zugutekamen. Nicht Modifikation bestehender, sondern Konstituierung neuer Herrschaft, fehlte den Verfassungen schließlich auch der punktuelle Charakter, der den älteren Formen mehr oder weniger eignete. Die modernen Verfassungen enthalten eine verbindliche Gesamtentscheidung über Konstituierung, Organisation, Ausübung, Ziele und Schranken legitimer Herrschaft.²⁴

Intellektuelle Herkunft und soziale Bedingungen, stillschweigende Voraussetzungen und interessenbedingte Begrenztheit der Prinzipien, in deren Dienst das neue Instrument der Verfassung trat, sind häufig analysiert worden. In unserem Zusammenhang geht es darum, dass sich der vom Dritten Stand eroberte französische Staat angesichts seiner Reformaufgaben nicht sogleich auf eine Schutzfunktion für die individuelle Freiheit zurückziehen konnte, wie das in Amerika möglich war, wo ein an Freiheit und Gleichheit orientiertes Privatrecht in Gestalt des *common law* längst bestand. Vielmehr musste er zuvor die ständisch-feudale Ordnung zerstören und den verfassungsrechtlich fixierten Prinzipien von Freiheit und Gleichheit im Privatrecht Geltung verschaffen. Das war eine Aufgabe von bedeutender Größenordnung, die durch einige grundrechtliche Maximen nicht schon bewältigt, sondern bestenfalls programmiert werden konnte. Die Verfassung schloss unter diesen Umständen den revolutionären Prozess nicht wie in Amerika ab, sie eröffnete ihn erst. Der Verfassung voraneilend, parallel laufend oder nachfolgend, immer aber im Hinblick auf sie, vollzog sich in Frankreich zwischen 1789 und 1799 eine umfangreiche Privatrechtsgesetzgebung, die später vom *Code civil* teilweise revidiert, ganz überwiegend aber aufgenommen wurde und dann zurückblickend die Bezeichnung *droit intermédiaire* erhielt, während aus Amerika von einer nennenswerten privatrechtlichen Gesetzgebungsaktivität im Gefolge der Verfassung nichts bekannt ist.

Dieser Unterschied war freilich auch Jellinek, der unter den deutschen Staatsrechtslehrern der Jahrhundertwende der positivistischen Isolierung des Rechts

²³ Vgl. *Vierhaus* (Hrsg.), *Herrschaftsverträge, Wahlkapitulationen, Fundamentalgesetze*, 1977.

²⁴ Vgl. zum Unterschied von älterem und modernem Verfassungsbegriff vor allem *Heller*, *Staatslehre*, 1934, 270 ff.; *MacIwain*, *Constitutionalism ancient and modern*, 1966; *Schmidt-Aßmann*, *Der Verfassungsbegriff in der deutschen Staatslehre der Aufklärung und des Historismus*, 1967; *Stourzh*, *Verfassungsbegriff*, jetzt auch unter dem Titel *Staatsformenlehre und Fundamentalgesetze in England und Nordamerika im 17. und 18. Jahrhundert*. Zur Genese des modernen Verfassungsbegriffs, in: *Vierhaus* (Hrsg.), *Herrschaftsverträge*, 1977, 294; dort ebenfalls *Oestreich*, *Vom Herrschaftsvertrag zur Verfassungsurkunde*, 45.

von seinem sozialen Umfeld noch am wenigsten nachgab, nicht entgangen. Die Amerikaner hätten „1776 auf den bei ihnen bereits längst vorhandenen Grundlagen weitergebaut, die Franzosen hingegen alle Fundamente ihres Staatswesens umgewühlt“²⁵. Da er diesen Unterschied jedoch unter Absehung von der jeweiligen Ausgangslage bewertete, war er auch nicht in der Lage, die Konsequenzen zu erkennen, die sich daraus für das Verhältnis von Verfassung und Privatrecht ergaben. Während sich die Verfassung in der amerikanischen Situation in der Tat auf die negative Rolle des Schutzes der Individuen vor staatlichen Übergriffen beschränken ließ, war es in Frankreich mit der Schrankenziehung nicht getan. Die Verfassung wurde hier zur organisatorischen und materiellen Grundlage der Sozialreform, die das eigentliche Revolutionsziel bildete. Dieses verlangte vom Staat aber gerade planmäßiges Handeln, und zwar eben im Bereich des Privatrechts. Die Verfassung benannte in den Grundrechten die Kriterien, nach denen er dabei vorgehen sollte. Anders als Jellinek annahm, musste sie dann freilich auch positive Wirkungen entfalten, wengleich sich diese nicht zu Ansprüchen des Einzelnen auf ein bestimmtes Tätigwerden des Staates verdichteten. Allerdings trug die positive Funktion der Verfassung von vornherein den Charakter des Befristeten. Sie konsumierte sich im Maß der erfolgreichen Umgestaltung der Privatrechtsordnung nach den grundrechtlichen Prinzipien. War diese vollendet, blieb allein die negative Wirkung übrig. Auch eine interpretatorische Fortwirkung der Verfassung auf das Privatrecht schien bei einmal erreichter inhaltlicher Übereinstimmung beider in den Leitprinzipien überflüssig. Innerlich verbunden, konnten sie nun äußerlich beziehungslos erscheinen.

Dieser Fall trat nach zahlreichen Schwankungen, in denen sich die wechselnden Machtlagen der verschiedenen Revolutionsetappen widerspiegeln, mit Erlass des Code civil im Jahre 1804 ein. Der nicht erst seit der Revolution ersahnte, in ihrem Verlauf mehrfach in Angriff genommene und nun vergleichsweise rasch vollendete Code erwarb sich, fast gegen die Mahnungen seiner nachdenklichen Redaktoren²⁶, sogleich den Ruf eines lückenlosen und universalen Privatrechts. Die Folge war, dass seine Interpretation alsbald von allen historischen, sozialen und politischen Bezügen gelöst und nur noch textimmanent vorgenommen wurde. Eine solche Genügsamkeit ist für die einer großen Kodifikation unmittelbar folgende Phase nicht ungewöhnlich und lässt sich zur gleichen Zeit ebenso in Österreich beobachten.²⁷ Die französische Rechtswissenschaft verharrete jedoch in dieser Haltung. Anders als in Deutschland, wo sich Schulenstreite durch das gesamte 19. Jahrhundert zogen, blieb Frankreich bis zum Ende von der sogenannten école de l'exégèse beherrscht.²⁸ Ihre Maximen wurden, nachdem die frühesten Kommentatoren des Code sie eher unausgesprochen praktiziert hatten, erstmals von Proudhon in seinem Cours de Droit français von 1810 formuliert.

²⁵ Jellinek, Menschen- und Bürgerrechte, 31.

²⁶ Vgl. Portalis, Discours préliminaire, in: Fenet I, 463, bes. 467 ff.

²⁷ Vgl. Ogris, Der Entwicklungsgang der österreichischen Privatrechtswissenschaft im 19. Jahrhundert, 1968, 5 ff.

²⁸ Vgl. Bonnecase, L'école de l'exégèse en droit civil, 1919; Gaudemet, L'interprétation du Code civil en France, 1935.

Der Code war für ihn trotz aller Anleihen bei dem römischen Recht und dem droit coutumier „un corps entièrement neuf, composé des maximes les plus sages ... , toutes coordonnées avec méthode, et enchaînées dans un système convenable à notre état politique actuel“²⁹. Diese Übereinstimmung mit dem verfassungsrechtlichen Zustand blieb für das Verständnis des Gesetzbuchs aber bedeutungslos. Nachdem Proudhon jeden interpretativen Rückgriff auf das frühere Recht, selbst dort wo es in den Code übergegangen war, als Gefahr für die Rechtseinheit abgelehnt hatte, gab er seine vielzitierte Devise aus: „C'est donc dans le Code Napoléon qu'il faut étudier le Code Napoléon. Le comparer avec lui-même ... , telle est la tâche que nous nous sommes efforcés de remplir“³⁰.

Der politische Zustand, dem der Code nach Proudhons Ansicht so sehr konvenierte, zeigte sich allerdings gegenüber der beginnenden Revolution stark verändert. In Frankreich herrschte seit 1799 Napoleon, zunächst als Erster Konsul, seit 1802 auf Lebenszeit und ab 1804 als Kaiser mit erblicher Nachfolge. Er hatte sich den Franzosen mit dem Versprechen empfehlen können, das Land nach zehn Jahren revolutionärer Umwälzungen zu konsolidieren, ohne dabei die revolutionären Errungenschaften preiszugeben. Indessen wurde bald sichtbar, dass sich die Bewahrung für Napoleon nur auf die wirtschaftlich-sozialen Errungenschaften bezog, während die politischen gerade im Interesse jener anderen eine Revision verlangten. Der Preis für den ungestörten Genuss des bürgerlichen Eigentums war der Verzicht auf politische Mitwirkung. Zwar blieb Frankreich der Form nach Verfassungsstaat, und die Akklamation für das napoleonische Regime fiel nach Zahlen eindrucksvoller aus als alle Zustimmungen, die die verschiedenen Revolutionsregierungen erlangt hatten. Doch hatte die Verfassung mit dem ursprünglichen Verfassungsbegriff nicht mehr viel gemein. Die demokratische Legitimation der Herrschaft war auf einen Akt einmaliger Akklamation geschrumpft, der sich freilich bei Bedarf und Gewissheit über den gewünschten Ausgang wiederholen ließ. Die Gewaltenteilung, die nach der Überzeugung der konstituierenden Nationalversammlung der Ausweis einer wirklichen Verfassung war³¹, erweckte lediglich den schwachen Anschein einer Machtbegrenzung, und die Sicherung der individuellen Freiheit lag nur noch im Willen des Herrschers begründet, nicht mehr in einem von seinem Gutdünken unabhängigen Grundrechtskatalog.

Gewiss waren bei fortschreitender Revolution im Namen von Freiheit und Menschenrechten zahllose Angriffe auf Freiheit und Menschenrechte verübt worden. Hier geht es aber nicht um diese Verirrungen, die freilich den Zielen der Revolution, nicht nur im eigenen Lande, einen schweren Rückschlag zufügten, sondern allein um die Tatsache, dass dabei doch immer der Anspruch einer in Freiheit und Gleichheit der Individuen wurzelnden Einheit von politischer und sozialer Ordnung, Verfassung und Privatrecht aufrechterhalten wurde. Das Neue – und gerade für deutsche Fürsten und Regierungen Verführerische – an

²⁹ Proudhon, *Cours de Droit français* I, 1810, XIII.

³⁰ Ebenda, XIV.

³¹ Déclaration des Droits de l'homme et du citoyen, Art. 16.

Napoleons System war die Aufspaltung der Einheit von sozialer und politischer Form. Private Freiheit musste, wie Napoleon demonstrierte, nicht notwendig politische Freiheit nach sich ziehen. Die Trennung erlaubte es vielmehr, denjenigen Teil der Freiheit, der zur Landesentwicklung und Stärkung der Volkswirtschaft auch dem Staat willkommen war, aufrechtzuerhalten, und doch die politische Gewalt in der Hand eines von der Gesellschaft unabhängigen Herrschers zu konzentrieren. Ja, nach den Erfahrungen des revolutionären Terrors konnte der Entzug der politischen Freiheit geradezu als Voraussetzung bürgerlicher Freiheit ausgegeben werden.

Dass sich die Franzosen auf diesen Tausch einließen, ist aus dem Überdruß an den einander bekämpfenden und rasch ablösenden revolutionären Strömungen, unterhalb derer eine breite Opportunistenschicht bestehen blieb, aus der damit verbundenen Unverlässlichkeit aller Verhältnisse und vor allem der persönlichen Bedrohung, die die politisch funktionalisierten Menschenrechte nicht zu hindern vermochten, verständlich. Er weist jedoch über den historischen Moment des Jahres 1799 hinaus auf einen Grundzug der bürgerlichen Ordnung: Priorität genießt die wirtschaftliche und private Freiheit. Die politische ist nicht so unerschütterlich mit ihr verbunden, dass beide nur gemeinsam in Frage kommen. Sie wird erforderlichenfalls der privaten Freiheit geopfert. Diese Möglichkeit hatte sich schon zu Beginn der Revolution angedeutet, als die Umstellung des politischen Systems von der Fürsten- auf die Volkssouveränität eher instrumental gesehen wurde, was freilich nicht heißt, dass hinter den Verfassungsarbeiten ein geringerer Ernst gestanden hätte als hinter den Privatrechtsreformen. Immer blieb aber die politische Freiheit zweckgebunden an die private. Da Napoleon glaubhaft machen konnte, diese in einem autokratischen System besser zu sichern, wurde ihm jene überlassen.

Mit der Trennung von bürgerlicher und politischer Freiheit zerbrach zugleich die innere Einheit von Verfassung und Privatrecht. Übrig blieb nur ein organisatorisches Band: Auch das Privatrecht benötigte einen Gesetzgeber, über dessen Bestellung, Kompetenz und Verfahren die Verfassung entschied. Dagegen ging von der Verfassung kein direkter Impuls zu materieller Harmonie der beiden Rechtsgebiete mehr aus. Ja, die Gegenläufigkeit der Prinzipien, denen sie in der napoleonischen Ära folgten, ohne deswegen notwendig in Konflikt zu geraten, bestärkte die Überzeugung ihrer beiderseitigen Autonomie. Auch als spätere Ordnungen Verfassung und Privatrecht einander wieder annäherten, wirkte sich dies nicht mehr modifizierend auf das Trennungsgedanken aus. Mit der Wiederherstellung bürgerlicher Herrschaft ging ja keine Umgestaltung des Privatrechts einher. Sie stabilisierte vielmehr den sozialen status quo, indem sein Schutz wieder aus dem Willen eines von der bürgerlichen Gesellschaft unabhängigen Herrschers in eine ihm gegenüber verselbständigte Verfassung verlegt wurde. Lediglich die Februar-Revolution von 1848, in der sich erstmals unterbürgerliche Schichten politisches Gewicht verschafften, stellte die Frage nach dem materiellen Verhältnis von Verfassung und Privatrecht neu, ohne dass angesichts der Kurzlebigkeit der Verfassung daraus Folgen erwachsen wären. Stattdessen präsentierte sich der alle Regimewechsel unverändert überdauernde Code civil als

Personenregister

- Almendingen, Ludwig Harscher von 92, 104, 106–109, 111, 116, 209
Altenstein, Karl Sigmund Franz Freiherr vom Stein zum 138, 143, 151, 160, 176
Arco, Ignaz Graf von 94
Aretin, Karl Otmar von 116
- Barnave, Antoine Pierre Joseph Marie 43
Bergk, Johann Adam 137–138
Beyme, Karl Friedrich von 151, 178
Bigot de Préameneu, Félix Julien Jean 90, 92, 104
Bluntschli, Johann Caspar 20
Bonaparte, Jérôme 90, 104
Bonaparte, Louis Napoléon 103
Brauer, Johann Nicolaus Friedrich 91, 95, 97, 105–106, 108, 113–115, 129
Bülow, Friedrich von 171
- Cambacères, Jean-Jacques, Régis de 4, 81–82, 87
Castellane, Esprit-Victor-Elisabeth-Boniface Graf von 42
Cazalès, Jacques Antoine Marie de 72–73
Champagny, Jean-Baptiste Nompère de 91
Condorcet, Marie Jean Antoine Nicolas Caritat, Marquis de 64–65
Crénière, Jean-Baptiste 43–44
Cromwell, Oliver 26
- d'Allarde, Pierre Gilbert Le Roy, Baron 79
Dalberg, Karl Theodor von 91, 109
Daniels, Heinrich Gottfried Wilhelm 178
Danton, Georges Jacques 64
Dêmeunier, Jean-Nicolas 44
Dernburg, Heinrich 2
Deslandres, Maurice 40
Dohna-Schlobbitten, Friedrich Ferdinand Alexander Burggraf und Graf zu 138, 143, 165
Dracke, Christoph Karl 170
Durand de Maillane, Pierre-Toussaint 43
- Eccius, Max Ernst 2
- Faber, Karl-Georg 175, 179
Feuerbach, Paul Johann Anselm 21, 100, 106–107, 115–116
Finckenstein, Friedrich Ludwig Karl Graf Finck von 162
Förster, Franz 2
Franz II. (als römischer Kaiser bis 1806), Franz I. (als österreichischer Kaiser ab 1804) (Franz Josef Karl) 122, 124, 126
- Gentz, Friedrich von 155–156
Gierke, Otto von 2
Gönnner, Nikolaus Thaddäus Ritter von 116
Grolman, Karl Ludwig Wilhelm von 108–109, 116
Grotius, Hugo 133
- Hardenberg, Karl August von 24, 93, 137–138, 141–154, 156, 161–163, 165–171, 173–174, 177–180, 184, 189
Hatzfeld, Karl Friedrich Graf von 122
Hennin, Peter Graf von 202
Hobbes, Thomas 44, 123
Hoffmann, Johann Gottfried 168–169, 171
Hompesch zu Bolheim, Johann Wilhelm von 94
Horten, Johann Bernhard 118
Huber, Ernst Rudolf 151
Humboldt, Wilhelm von 152–154, 156
- Ingersleben, Karl von 171
- Jaup, Heinrich Karl 108–109
Jellinek, Georg 5, 7–8
Joseph II. (Josephus Benedictus Augustus Joannes Antonius Michael Adamus) 12, 117–121, 128

- Kamptz, Karl Albert von 178
 Kant, Immanuel 18, 23, 26, 127–128,
 136–137, 182
 Kefler, Heinrich 193
 Kircheisen, Friedrich Leopold von 168,
 173, 178
 Klewitz, Wilhelm Anton von 151
 Klippel, Diethelm 182
 Koselleck, Reinhart 139, 149, 151, 166, 179
 Kotzebue, August von 154
 Kraus, Christian Jakob 136
 Kreittmayr, Wiguläus Xaverius Aloysius
 116
 Kriele, Martin 12

 Laband, Paul 2
 Lafayette, Marie-Joseph Motier Marquis
 de 43
 Landine, Antoine-François de 42
 Landsberg, Ernst 178
 Lang, Friedrich Ludwig 194
 Le Chapelier, Isaac René Guy 80, 86
 Leopold II. (früher Peter Leopold) 12,
 119–124, 128, 130
 Lerchenfeld, Gustav Anton von 201, 207,
 210
 Leyden, Clemens Graf von 202
 Ludwig XIII. 47
 Ludwig XVI. (früher Louis Auguste) 57,
 63, 124

 Mager, Wolfgang 155
 Malouet, Pierre-Victor 43
 Maria Theresia 117–118
 Marie Christine, auch Maria Christina
 (Johanna Josepha Antonia) 120
 Marshall, John 204
 Martini, Karl Anton von 122–127, 133,
 135
 Marwitz, Friedrich August Ludwig von
 der 148, 162
 Maximilian I. (Maria Michael Johann Bap-
 tist Franz de Paula) Joseph (Kaspar
 Ignatius Nepomuk) 93
 Mecklenburg, Karl von 156
 Merckel, Friedrich Theodor von 171–172
 Merlin, Philippe Antoine 4, 72, 76
 Metternich, Klemens Wenzel Lothar von
 130
 Mirabeau, Gabriel de Riqueti Graf von
 57, 73–74
 Mohl, Robert von 2, 19–20

 Montgelas, Maximilian Carl Joseph Franz
 de Paula Hieronymus Graf von 91,
 93–95, 97–100, 103–104, 109, 115–116,
 188
 Mounier, Jean-Joseph 3, 40–44, 56, 88
 Müller, Adam 19
 Mulzer, A. J. 109
 Murat, Joachim 90–91

 Napoléon I. (Napoléon Bonaparte)
 9–11, 14, 16, 21, 62, 74, 82–93, 95,
 97, 103–104, 108–110, 112–118, 131,
 142–143, 146, 163, 173, 190
 Napoleon III. (Charles Louis Napoléon
 Bonaparte) 36
 Nebenius, Karl Friedrich 202

 Pétion de Villeneuve, Jérôme 74
 Portalis, Jean-Étienne-Marie 85–86
 Proudhon, Pierre-Joseph 8–9

 Raumer, Friedrich von 161, 162, 169
 Rehberg, August Wilhelm 21
 Rehdiger, Karl Niklas von 142
 Reigersberg, Heinrich Alois von 201
 Reitzenstein, Sigismund Karl Johann Frei-
 herr von 95
 Robespierre, Maximilien de 58, 62,
 65–66, 69, 74, 81
 Roehl, Hugo 170
 Rohrscheidt, Kurt von 167
 Rotteck, Karl von 17–19
 Rousseau, Jean-Jacques 47

 Sack, Johann August 173
 Savigny, Friedrich-Carl von 2, 22–23,
 182–185
 Scharnweber, Johann Christian Friedrich
 162
 Schlosser, Johann Georg 105, 128
 Schmid, Karl Ernst 104
 Schott, Sigmund 194
 Schrötter, Friedrich Leopold von 160
 Seinsheim, Maximilian Josef Graf von 95
 Sieyes, Emmanuel Joseph 40–41, 49, 56,
 83, 209
 Smith, Adam 49, 136
 Sonnenfels, Joseph vom und zum 118,
 121–122, 124–130
 Stahl, Friedrich Julius 20
 Stein, Karl Freiherr von 24, 93, 131,
 137–138, 140–147, 149, 151–155,

- 157–161, 163, 165–166, 173, 177, 184,
201
Suarez, Carl Gottlieb 133, 149
Talleyrand-Périgord, Charles-Maurice
de 74
Thibaut, Anton Friedrich Justus 182
Törring, Joseph August Graf von 94
Treitschke, Heinrich von 151
Turgot, Anne Robert Jacques 79
Vergniaud, Pierre Victurnien 65
Vincke, Friedrich Ludwig Wilhelm
Philipp Freiherr von 14–142, 146
Weber, Max 35
Weis, Eberhard 93
Weishaar, Jakob Friedrich von 194, 203
Wieacker, Franz 22
Windscheid, Bernhard Joseph Hubert 2
Wolff, Christian 21
Württemberg, Friedrich Wilhelm Karl von
96, 189–190
Zeiller, Franz Anton Felix Edler von
22–23, 126–129, 182, 184
Zentner, Friedrich von 201
Zorn, Wolfgang 207

Sachregister

- ABGB 125, 128–130, 134
Ablösungsgesetzgebung 79, 111, 115, 162
Absolutismus 11–13, 16, 19, 25, 29,
44–45, 50, 53, 55, 63, 84, 92, 96, 103,
119, 121, 123, 126, 131–133, 134, 140,
149, 157, 162, 164, 183, 187, 192, 194,
199, 212
– aufgeklärter 12, 15, 98, 138
Adel 11, 13–14, 33, 40, 42, 47–50, 59–60,
68, 71–73, 77, 87–88, 92, 94, 96–97,
99–103, 111–113, 115, 117, 122, 129,
134–136, 138–141, 146–148, 150,
157–158, 163–164, 167, 169, 173,
176–177, 180, 187–188, 197–199,
205–208, 210–212
 Siehe auch Aristokratie
Agrarstruktur 49, 157
Agrarreform 17, 78–79, 94, 102, 146, 157,
160, 164, 166, 205, 212
Agrarverfassung 93, 136, 150, 157, 163,
212
ALR, Allgemeines Landrecht 24, 105,
132–136, 138, 157–158, 173–174,
178–180, 182, 184, 211
Amerika 5–8, 15, 27, 40, 42, 55, 120, 145,
200
Ancien régime 6, 14, 32, 44–45, 47, 50, 52,
54–55, 70–71, 76, 94, 101, 192, 203, 211
Arbeiter, Arbeitnehmer 80, 86, 171
 Siehe auch Vierter Stand
Arbeitgeber 80, 86
Aristokratie 6, 14, 31, 58, 63, 79, 88, 112,
135–136, 205
 Siehe auch Adel
Assemblée constituante, Constituante 4,
19, 45, 50, 61–64, 66, 69–77, 79–80, 86,
88, 107, 111
Assemblée législative, Législative 61–63,
69–70, 72, 74, 77–78, 81, 83, 87
Aufklärung 11–12, 50, 81, 96, 132–133,
149, 174
Auslegung 2, 20, 24, 202
 Siehe auch Interpretation
Autonomie 1, 10, 23, 27–30, 33, 109, 127,
185
– gesellschaftliche 27, 30, 129, 132, 172,
195
– wirtschaftliche 25, 28, 145
Baden 89, 92, 96–98, 101, 105, 107, 110,
113–116, 129, 154, 190, 199, 202,
205–208
Badisches Landrecht 92, 114–115
Bauern, Bauernschaft, Bauernstand 12,
32, 34, 42, 48, 50, 59, 75–79, 93, 95,
101, 111, 114, 117, 121, 135–136, 139,
141, 145–146, 152, 158–164, 173, 180,
192, 206–207, 212
Bauernbefreiung 136, 164–165, 170
Bayern 3, 14, 89, 91–92, 94, 96–98,
100–104, 106, 110, 116, 140, 154, 172,
179, 187–190, 198–202, 205–208, 210,
212
Beamte, Beamtschaft 12–13, 21,
91–93, 95, 97, 103, 110, 116, 136, 138,
140–142, 146–147, 150–151, 158, 160,
164, 178, 187–188, 191, 197, 199, 203,
208–209
Befreiungskriege 15, 96, 116, 145, 150,
163, 166, 182, 188
Berg (Großherzogtum) 21, 98–99, 109,
111–113
Berufsstände 134, 183, 206
Berufswahl, freie 198, 211
Bildungssystem 180
Bodenbefreiung 32, 78, 88, 100, 159, 180
Bodenrecht 4, 32, 48, 108, 112, 114–115,
173
Bundesakte 15, 23, 154–155, 188–189,
197, 205
Bundestag 189–190
Bundesversammlung 189
Bürger, Bürgertum 3, 5, 7, 11–14, 15–17,
19–21, 26, 31–32, 34, 36, 40, 44, 47–50,
59–60, 62–63, 65–69, 72, 77–80, 84–86,
88–89, 92–95, 99–100, 103–104,

- 106–107, 111–113, 115–116, 122–123, 126–127, 129, 132–133, 135–136, 138–141, 145–147, 150, 153–154, 164, 167, 169, 172–176, 178, 181, 184–185, 187, 191–192, 195–198, 200–201, 204, 207–210
 Siehe auch Dritter Stand
- bürgerliche Freiheit, siehe Freiheit, bürgerliche
- bürgerliche Gesellschaft, siehe Gesellschaft, bürgerliche
- Bürgerrecht 3, 5, 44, 124, 154, 167, 197, 207
- Bürgerliches Gesetzbuch, BGB 2, 21
- bürgerliches Recht, siehe Privatrecht
- Bürokratie 14, 16, 146, 188
- cahiers de doléances 40
- Chapelier-Gesetz 80, 86
- Charte constitutionnelle 191–192
- Code civil, Code Napoléon 4, 7–10, 21, 23, 35–36, 62, 71, 84–92, 96, 99–100, 103–111, 113–116, 129, 173, 192, 198
- common law 7
- Constitution 3–4, 41, 44, 52, 58, 60, 72, 74, 84, 104
 Siehe auch Verfassung
- Déclaration des droits de l'homme et du citoyen (von 1789) 3–6, 40, 42–44, 51–52, 57–58, 64, 67, 74–75, 125, 176, 197, 200
 Siehe auch Grundrechtskataloge, Rechte-Erklärung
- Demokratie 15, 31, 64, 67, 84, 138, 196
- Deutscher Bund 14, 154, 187, 189, 197
- Deutschland 8, 11–12, 14–15, 19, 21, 24, 29–32, 35–36, 50, 73, 79, 88–93, 97, 103–106, 108–109, 112–113, 116–117, 121, 124, 127, 135–137, 152, 178, 181, 188–189, 192–193, 199–201, 209
- Direktorium 68–69, 74, 78, 81–82, 124
- Dritter Stand 6, 7, 33, 39, 40, 48–49, 59, 76, 79, 81, 135, 198, 205, 207–208
 Siehe auch Bürger, Bürgertum
- droit intermédiaire 7
- droit coutumier 9, 71, 81
- Dualismus 19, 21, 194
- école de l'exégèse 8
- Edikte, organische 99, 101, 190
- Ehe 70–71, 87, 117
- Eigentum 6, 19, 25, 31–32, 35, 42, 50–51, 58–61, 64, 66, 73–76, 79, 86–87, 99, 102, 111, 113, 115, 124, 129, 133–134, 154, 157, 159–161, 164, 167, 173, 177, 180, 185, 195, 198–199, 201–203, 207, 209, 211–212
 – bäuerliches 13, 95, 144
 – bürgerliches 9, 15, 75, 102, 166, 199
- Eigentumsartikel 65, 199
- Eigentumsentzug 87, 198
- Eigentumsfreiheit 33, 24, 61, 64, 66, 69, 75, 81, 85–86, 103, 106, 111, 129, 175, 180, 191, 198
- Eigentumsschutz 51, 65, 135, 195, 197–198
- Eigentumsstruktur 33, 74
- Eingriff 12, 14–16, 22, 28, 35, 66, 73, 80, 99, 102, 115, 161, 171, 185, 187, 195–196, 203–204, 211
- Ein- oder Zweikammersystem 31–32, 68, 94, 115, 153–154, 159, 192, 200, 202, 205–206, 211
- Empire 87–88, 111–112, 192
- England 5, 26, 47–49, 57, 79, 127, 132, 165, 184
- Enteignung 87, 133, 198–199
- Entfeudalisierung 103, 199
- Erbrecht 4, 33, 69, 71–75, 86, 100, 102, 111, 129, 160
 Siehe auch Testierfreiheit
- Erbuntertänigkeit 3, 141, 158
- Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, siehe Déclaration
- Exekutive 3–4, 43, 57, 68, 192–193, 196
 Siehe auch Gewalt, exekutive, Verwaltung
- Familie 71, 87, 112, 135, 165, 206
- Familienrecht 70–72, 82, 86–87
- Februar-Revolution (1848) 10
- Feudalabgaben 48, 93
- Feudalgesellschaft, siehe Ständegesellschaft
- Feudalherren 42, 48, 59
 Siehe auch Grundherren, Gutsherren
- Feudalismus 50, 62–63, 68, 81, 136, 177, 179–181
- Feudallasten 34, 77, 111, 114
- Feudalrecht 76, 106, 113–115, 164, 169
- Feudalsystem, Feudalstrukturen 13, 21, 47–49, 51, 59–60, 71, 75–76, 78, 94, 96, 99, 103, 109, 111–112, 115, 117, 136, 173, 175, 197

- Feuillants 63, 65, 68
 Fideikommission, fideikommissarisch 13, 33, 88, 94, 100–101, 110, 113, 129
 Frankreich 4, 6–9, 11–16, 21, 27, 36, 41, 46–50, 62–63, 68, 79, 81, 88–89, 92–93, 96, 98, 100–102, 105, 108–109, 112–113, 118, 121, 124–125, 127, 132–134, 138–139, 150, 165, 172, 175–176, 184, 190, 192, 195, 199–200, 204, 208
 Freiheit 3, 6–7, 9–10, 17, 20, 23, 26–27, 29–30, 35, 44–45, 47, 50–55, 59–60, 62, 65–67, 69–70, 74, 80, 86–88, 99, 103, 106, 116, 118–119, 121, 125, 128, 133–134, 136, 140–141, 145, 154–155, 159, 169, 17–172, 175, 181–182, 184–185, 191, 195–198, 200–201, 204, 213
 – bürgerliche 10–11, 16–17, 24, 28, 31, 36–37, 95, 126, 132, 178–179, 182, 18–185, 188, 195, 202
 – individuelle 7, 9, 11, 18–20, 23, 27, 51, 54, 57, 64, 67, 127, 133, 136, 140, 178, 184–185, 190
 – natürliche 55, 118, 123, 127, 171–172
 – öffentliche 154, 188, 200
 – persönliche 69, 102, 106, 118, 132, 154, 158–159, 198, 202, 212
 – politische 10, 23–24, 31, 36–37, 44, 51, 78, 84, 95, 181–182, 185, 188, 200
 – private 10, 44, 84, 97, 132–133, 154, 181–182, 188
 – wirtschaftliche (ökonomische) 6, 10, 28, 35, 50, 80, 84, 139
 Siehe auch Eigentumsfreiheit, Testierfreiheit, Vererbungsfreiheit, Vertragsfreiheit
 Freiheitsrechte 4–5, 64
 Siehe auch Grundrechte, Menschenrechte
 Freiheit und Eigentum-Formel 201–204
 Frühkonstitutionalismus 195, 199
 Fürsten 45, 53, 119, 183, 191
 – deutsche 9, 11, 13–16, 31, 33, 88, 93, 95–96, 103, 108, 113, 116, 190, 192–193, 195, 197
 Siehe auch Landesherren, Rheinbund-Fürsten
 Fürstenstaat 11–12, 14–15, 29, 190
 Geburtsstände 59, 67, 128, 206
 Gemeinwohl 25–26, 53–54, 57, 59, 119, 140, 181, 204
 Generalstände, Etats généraux 39, 47, 59
 Gerechtigkeit 6, 25–28, 35, 105, 125, 134, 158, 166–170
 Gericht, Gerichtshof 2, 15, 19, 47, 87, 95, 112, 114, 126, 141, 150, 174, 203–204
 Siehe auch Justiz
 Gerichtsbarkeit 13, 46, 76, 89, 94, 99, 101, 110, 159–160, 180, 197–198, 206
 Siehe auch Justiz
 Gerichtsverfassung 5, 99, 108, 110
 Geschworenengerichte 81, 175
 Gesellschaft 6, 10–16, 18, 21, 25–29, 31, 34–35, 45, 49, 51, 53, 55–56, 59, 64–67, 83, 86–87, 92–93, 96–97, 107, 109, 112, 117–120, 127, 129, 132, 134, 140, 144–147, 149, 152, 155, 159, 161–162, 172, 179, 181–182, 184, 187, 193–196, 199–200, 203–204, 211, 213
 – bürgerliche 10, 13, 19, 25–30, 34, 47, 50, 67, 69, 72, 88, 96–97, 103, 108, 111, 117, 120–121, 123, 127, 129, 132–134, 138, 141, 157, 163–164, 175–176, 180–181, 184, 196, 200–201, 205, 209, 211
 – ständische, ständisch-feudale, siehe Ständegesellschaft
 Gesellschaftsordnung 24, 36, 40, 45, 86, 92, 104, 132, 155
 Gesellschaftsreform 6, 29, 93, 119, 140, 148, 161, 180, 187
 Gesellschaftsvertrag 119
 Siehe auch Herrschaftsvertrag, Sozialvertrag, Staatsvertrag
 Gesetze, Gesetzbücher 2, 4, 7, 12, 18–20, 24–26, 32, 34, 39, 43, 45, 52, 54–59, 63–67, 70–71, 73–78, 80, 83, 87, 92, 94, 98–99, 101, 104–106, 108–111, 114–115, 118–129, 133–135, 137, 144–146, 149–150, 153–154, 156, 158–170, 173–177, 183–184, 193, 195–196, 200–204, 210–211
 Gesetzesinitiative 68, 195
 Gesetzesvorbehalt 195–196, 198, 203
 Gesetzgeber 3, 10, 20, 28, 34, 39, 43, 51–52, 55, 57, 73, 80, 96, 107, 111, 121, 124–125, 127, 130, 133, 135–137, 171, 180, 183, 204
 Gesetzgebung 4, 15, 20–23, 31, 33–36, 42–44, 47, 56–58, 70–71, 75, 81, 84–85, 87, 98, 101–102, 104, 106–107, 110, 112, 118–119, 121–122, 125–127, 132, 137, 142, 161, 163, 166, 170, 172–174,

- 178, 183–184, 192–193, 196, 200–202, 204
- Gesetzgebungskompetenz 2, 123, 151, 153, 202, 204
- Gewalt,
- exekutive 57, 120, 155, 193
Siehe auch Exekutive, Verwaltung
 - hoheitliche 198
Siehe auch öffentliche Gewalt
 - legislative 40, 83, 121, 183
 - politische 10, 53, 95, 105, 208
 - revolutionäre 35
 - unumschränkte 103, 123
Siehe auch Absolutismus
- Gewaltenteilung 9, 83, 175, 194
- Gewerbefreiheit 32, 49, 64, 79, 103, 141, 144, 146, 150, 164–170, 181, 198, 212
- Gewerbesteueredikt 166–168
- Gewissensfreiheit 51, 99, 106, 133, 154, 191, 198
- Girondisten 63–66, 68, 74, 78, 81
- Gleichberechtigung der Frau 70–71
- Gleichheit 6–7, 9, 26–27, 29–30, 44–45, 47, 50, 52–54, 59, 61–62, 64–65, 67, 69–71, 74, 86, 88, 110, 113, 119, 125, 127–128, 136, 153, 172, 175, 191, 197–198, 213
- bürgerliche 100, 107, 115–116, 172–173, 178, 190, 197–198
 - rechtliche 2, 7, 33, 52–53, 60, 64, 67, 69, 71–72, 78, 81, 86, 90, 92, 97, 99, 106, 108, 110, 114, 118, 124, 128, 175, 177, 191, 198, 212
Siehe auch Rechtsgleichheit
 - soziale 52, 64, 77
- Großgrundbesitz 48, 73, 78–79, 158, 161, 173
- Großherzogtum Frankfurt 91, 110, 114–115, 189
- Großherzogtum Toscana 119–120
- Grundeigentum, Grundeigentümer 46, 60, 87, 141–142, 159, 180, 206
- Grundgesetz 7, 120
- Grundherren 48, 76, 78, 92, 101, 111, 117, 148, 159, 161, 181, 210, 212
Siehe auch Feudalherren, Gutsherren
- Grundherrschaft 13, 113
- Grundlasten 49–50, 60, 101, 159, 197, 199, 212
- Grundrechte 1, 3, 5–6, 8, 15–16, 18–19, 27, 29, 67, 83–84, 88, 95, 127, 140, 154, 184–185, 193, 195–198, 200–201, 203–204
Siehe auch Freiheitsrechte, Menschenrechte
- Grundrechtskatalog 3, 9, 15, 40, 65, 69, 71, 83, 124, 176, 196–197, 200
- Gutsherren, Gutsherrschaft 101, 117, 135, 158, 160, 162–163, 169
Siehe auch Feudalherren, Grundherren
- gutsherrlich-bäuerliches Verhältnis 101, 129, 148, 150
- Handwerk, Handwerkerschaft 13, 79, 142, 166–167, 169
- Heer 151, 180, 194, 203
- Hegemonialpolitik, napoleonische 89, 113
- Herrschaft 7, 9, 11–13, 15–16, 19, 25, 40–41, 45–46, 54, 59, 61, 66, 88, 105, 116, 118–119, 121, 123–124, 134–135, 155, 159, 167, 177, 179, 181–182, 196, 211–212
- bürgerliche 10, 200
 - napoleonische 21, 83, 88, 110, 112, 116
- Herrschaftsrechte 25, 53, 99, 157, 180
Siehe auch Hoheitsrechte
- Herrschaftsvertrag 7
Siehe auch Gesellschaftsvertrag, Sozialvertrag, Staatsvertrag
- Herrscher 9–10, 12, 19, 29, 45, 53–54, 84, 93, 96, 123, 126, 132–134, 146, 174, 183, 191, 193, 195, 210
- Hessen-Darmstadt 92, 110, 172, 176
- Historische Schule 22
- Hoheitsrechte 13, 46, 60, 159, 173, 180
Siehe auch Herrschaftsrechte
- Individualrechtsschutz 33, 204
- Individualwille 47, 61, 182
Siehe auch Wille
- Industrielle Revolution 32, 79
- Interessen, partikulare 15, 94, 210
- intermediäre Gewalten 94, 96, 134, 145
- Interpretation 3, 8, 73, 201, 203
Siehe auch Auslegung
- Jakobiner, jakobinisch 21, 23, 62, 64–65, 78–79, 93, 122, 124, 135, 137–139, 156, 208–209
- Josephinisches Gesetzbuch 118–119
- Judenemanzipation 100, 149
- Juli-Monarchie 32
- Juristenstand 22, 81, 183

- Justiz 4, 57, 61, 99, 101, 107, 109–110, 118, 149–150
 Siehe auch Gericht, Gerichtsbarkeit, Rechtspflege
 Justizgesetze 4, 110
- Kammern, Erste, Zweite, siehe Ein- oder Zwei-Kammersystem
 Karlsbader Beschlüsse 154, 156, 181, 200
 Kirche 11, 47, 75–78, 87, 92, 94, 101, 106–108, 117, 173, 197, 205, 207
 Klasse 36, 95, 113, 121–122, 142, 147, 160, 164, 171, 192, 197, 206, 209–210
 Klerus 42, 51, 94, 206–207
 Koalitionsverbot 86
 Kodifikation 3–4, 8, 12, 22, 24, 28, 34, 61–62, 81–82, 91, 115, 118, 121, 126, 129–130, 134–135, 174, 182–185
 Siehe auch Privatrechtskodifikation
 König 192–194
 Siehe auch Monarch
 – bayerischer 89, 93, 98–100, 188
 – französischer 6, 47, 52, 56–57, 61–63, 77, 124, 192
 – preußischer 14, 143–144, 149, 151, 153, 156, 158, 163, 170, 172, 175–176, 178–179
 – von Holland 103–104
 – von Neapel 91
 – von Westfalen 90, 104
 – württembergischer 89, 95–96, 102, 152, 154, 187, 189–190, 199, 202
 Konstitution 72, 97, 99, 102, 109, 121, 147, 154, 176–177, 190, 192, 201, 210
 Siehe auch Verfassung
 Konstitutionalisierung 187, 189, 194
 Konstitutionalismus 15, 19, 194–195, 199, 203
 Konstitutionsedikte 98, 101, 113
 Konstitutions-Urkunde 98
 Konvent 4, 63–71, 74, 78, 80–82, 88
- Laissez-faire 165
 Landarbeiter 48, 171, 180
 Länder, süddeutsche 12–14, 29, 36, 89, 92, 96, 103, 151, 185, 187, 205, 208, 211–212
 Siehe auch Süddeutschland
 Landesherren 56, 89, 92, 95, 101, 124, 202
 Siehe auch Fürsten
 Landesrecht 2, 102, 110, 114–115, 134–135, 200
 Landesrepräsentation 97–98
 Landesverfassung 21, 97, 119, 202
 Landstände 94–95, 117, 122, 147, 152–154, 156
 Landtag 94, 96, 179, 205, 208, 211
 Landwirtschaft 48, 77, 79, 87, 135, 158, 160–161, 163
 Legitimation 15, 29, 46, 63, 93, 175, 179, 197
 – demokratische 9, 138, 193
 Legitimität 23, 49, 112
 Lehen 101, 110
 Lehnrecht 112
 Leibeigenschaft 48, 90, 99, 101, 111, 114, 117, 128, 198, 212
 Liberalisierung 12, 32, 59, 138, 145, 181
 Liberalismus 2, 15, 17, 19–20, 28, 81, 118, 127, 165, 171, 208–210
 – ökonomischer 81
- Markt 25, 49, 54, 56, 80, 92, 94, 146, 165
 Marktgesetze 25–26
 Meinungsfreiheit 33, 51
 Menschenrechte 4, 9–10, 18, 41, 43–44, 53, 64, 95, 114, 122, 124–125
 Siehe auch Freiheitsrechte, Grundrechte
 Mittelalter 25, 45, 53, 55
 Modellstaaten, napoleonische 14, 21, 88, 91, 109, 112–113, 116, 142, 173
 Monarch 11–12, 41, 50, 55–57, 97, 119, 122, 133–135, 138, 146, 150, 153, 155, 164, 180, 187–188, 191, 193–195, 201, 205, 209–210
 Siehe auch König
 Monarchie 11, 20, 29, 40–41, 56, 63, 66, 90, 95, 100, 112, 115, 120, 122, 178
 – absolute 68, 132, 180, 194
 – konstitutionelle 19–20, 61–62
 monarchisches Prinzip 15, 31, 36, 139, 153–154, 156, 191–196, 200
 Monopol 13, 25, 49, 132, 146, 166–167, 169, 212
 Montagnards 63, 65, 81
 Merkantilismus 21, 165
- Nassau 92, 110, 116, 189
 Nation 22, 49, 55, 67, 80, 119, 131, 142–144, 147, 149, 175, 183, 192
 Nationalrepräsentation 95, 98, 102–103, 107–108, 131, 138, 141–144, 146–151, 164

- Nationalversammlung,
 – französische 3–6, 9, 39–40, 42–44, 53,
 55–62, 69, 72, 74–75, 81, 111
 – konstituierende 9, 81
 Naturrecht, Naturrechtslehre 5, 52, 56,
 73–74, 86, 104, 123–124, 126–128, 133,
 136, 182, 199
 Neoabsolutismus 82
- Obereigentum 60, 111, 162
 Obrigkeit 14–15, 30, 36, 46, 49, 54, 59,
 102–103, 132, 159, 197
 Öffentliche Gewalt 18, 26, 179, 183
 Siehe auch Staatsgewalt
 Öffentliches Recht 1, 13, 17–18, 20–26,
 35, 61, 76, 85, 100, 105–107, 119, 123,
 125–127, 129, 182–185, 196–197, 203
 Öffentlichkeit 33, 63, 81, 82, 128, 132, 142,
 150, 153, 170, 174–175, 188, 192, 199
 Oktoberedikt (von 1807) 158–160,
 165–166, 211
 Ordnung 6, 10, 19, 26–27, 35, 41, 44–46,
 50, 54–55, 63, 78, 92, 143, 148, 162,
 173–174, 181
 – bürgerliche 10, 40, 86, 115, 180, 209
 – politische 29, 35, 37, 39, 47, 119,
 128–129, 211
 – soziale 3, 9, 29, 37, 39, 43, 62
 Siehe auch Sozialordnung
 – staatliche 12, 40, 195
 – ständisch-feudale 7, 16, 35, 47, 53, 72,
 106, 115, 132, 134, 155, 184
 Organisationsnormen 27, 31, 33, 40, 42
 Organisationsteil 27, 64, 66, 68, 195
 Österreich 8, 12, 23, 30, 116–118, 121–122,
 124, 128–131, 133–135, 182, 187, 189
- Parlament, parlamentarisch 27, 32, 40, 47,
 55–57, 64–67, 74, 102, 142, 145, 148,
 151, 154, 161–162, 188, 192, 194–196,
 206–207, 210–211
 Siehe auch Volksvertretung
 Parlamentsdebatten 2, 4, 79, 193
 Patrimonialgerichtsbarkeit 13, 76, 94, 99,
 101, 110, 160, 180, 198, 206
 Pflicht(en) 12, 19, 23, 25, 31, 43, 48,
 52–54, 60, 66–67, 87, 95, 99, 116–117,
 120, 123–124, 126, 128, 132–134, 146,
 154–155, 161–163, 171, 180, 198, 201,
 203, 210
 Pflichtenkatalog 51, 65, 67
 Physiokraten 49–50, 77, 79, 101, 119
- Plaine 63–65, 67
 Politik 14, 20–21, 27–29, 32, 66, 73,
 77–78, 83–85, 88–89, 94, 97, 102, 104,
 112–113, 117, 124–125, 132, 145, 149,
 151, 170, 180, 182, 184, 188, 190, 195,
 203, 209
 Siehe auch Reformpolitik
 politischer Kodex 118, 121–123, 125–126,
 129
 politische Parteien 67, 208
 politisches System 10–11, 23, 25, 29–30,
 35, 39–40, 45, 50, 103–104, 107, 153,
 159, 167, 178, 192
 Siehe auch Ordnung, politische
 Polizeigewalt 13, 197
 Polizeistaat 6, 35, 136
 Positivismus, juristischer, positivistisch 7,
 17, 36
 pouvoir constituant 7, 40
 pouvoir constitué 40
 Pressefreiheit 18, 33, 51, 67, 137, 154–155,
 181, 191, 200
 Preußen 2, 12–14, 16, 22, 24, 30, 32, 36,
 79, 90, 96, 105, 116–118, 130–136,
 138–140, 143–145, 148–152, 154–158,
 160, 165–166, 172–176, 178–179,
 181–182, 184–185, 187, 202, 211–212
 preußische Reformer 110, 131–132,
 138–139, 157, 187–188
 Privatautonomie 13, 17, 20, 23, 32, 35,
 86, 92, 129, 132, 140, 173, 175, 182,
 184–185
 Privatrecht, *passim*
 – autonomes 1, 10, 21–22, 30, 34, 109,
 184
 – badisches 105, 114–115, 129
 – bayerisches 101, 104, 115
 – französisches 17, 19, 21, 55, 73, 108,
 176, 179
 – freiheitliches 18, 184–185
 – liberales 18, 27, 32, 36, 59, 164, 167,
 178–181, 184, 211, 213
 – österreichisches 30, 116–118, 122–130,
 133–135
 – preußisches 2
 Privatrechtsgeschichte 1, 2
 Privatrechtsgesellschaft 26
 Privatrechtsgesetzbuch 23, 69, 116, 118,
 122–125, 127, 129, 134
 Privatrechtsgesetzgebung 2, 7, 20, 23,
 31, 43, 61, 68, 81–82, 85, 99, 106–107,
 118–119, 125, 161, 163, 202–204

- Privatrechtskodifikation 4, 28, 183, 185
 – französische 3, 61, 85
 – österreichische 8, 118, 185
 – preußische 105, 118, 183
 Privatrechtsordnung 8, 34, 39, 139, 184, 201, 210–213
 Privatrechtsreform 10, 28–30, 79, 94, 139–140, 146–149, 151, 157, 164, 181, 208–209
 Privatrechtstheorie 23, 105, 185
 Privatrechtswissenschaft 20–21, 23
 Privatsphäre 26, 30, 51, 182
 Privatuntertänigkeit 69, 132
 Privilegien 6–7, 11, 13, 16, 25, 35, 42, 45, 47–50, 52, 58, 60, 62, 69, 71, 79, 90–91, 94, 99, 103, 114, 117, 128–129, 141, 144, 147, 157, 169, 173, 180, 190, 192, 197–198, 205, 212
 Siehe auch Standesvorrechte
 Prozessrecht 5, 176
 Reaktion 24, 33, 47, 66–67, 79, 88, 100, 122, 130, 166, 188, 190, 213
 Recht(e), passim
 – bürgerliches 13, 17, 21, 34, 59, 71, 87, 105–106, 108, 115–117, 123, 126, 128–129, 133–134, 136, 163, 176, 192, 196, 198–199, 212
 – feudales 76, 106, 114–115, 164, 169
 – französisches 116, 174–176, 178
 – gemeines 2, 24, 133
 – grundherrliche, gutsherrliche 60, 76, 99, 114, 117, 161, 167
 – natürliches 47, 52, 55, 85–86, 123, 132–133, 197
 – öffentliches, siehe öffentliches Recht
 – politisches 15–16, 29, 31, 33, 47–48, 69, 100, 123, 126, 134, 141, 159, 177, 194–195, 197, 200, 208, 210
 – positives 19, 85
 – preußisches 173, 179
 – privates 17, 35, 85, 105–107, 123, 125–126, 128–129, 161, 198–199, 203–204
 – rheinisches 173, 175, 178
 – römisches 9
 – subjektives 26, 61, 196
 – wohlerworbene 14, 150, 204
 Siehe auch Freiheitsrechte, Gleichheitsrechte, Grundrechte
 Rechteerklärung 42–44, 51, 64, 125
 Siehe auch Déclaration des droits de l’homme et du citoyen, Grundrechtskataloge
 Rechtseinheit 9
 Rechtsgeschichte 1, 24
 Rechtsgleichheit 53, 60, 64, 67, 69, 71–72, 78, 81, 86, 90, 92, 99, 108, 110, 114, 118, 124, 128, 175, 191, 198, 212
 Rechtslehre 23, 46, 181–182
 Rechtsordnung 5, 8, 19–20, 26, 34, 36, 39, 41, 45, 54, 70, 134, 138–139, 172, 175, 179, 184, 201, 210–213
 Rechtspflege 12, 30, 118, 128, 133
 Siehe auch Justiz
 Rechtsprechung 99, 193
 Rechtsquellen 20, 27
 Rechtsquellenlehre 2
 Rechtsstaat 11, 13, 17, 31, 35, 44, 51, 60, 103, 118, 121, 133, 135, 149–150, 164, 175, 182, 196, 211
 Rechtssubjektivität 85, 128, 134, 180, 211
 Rechtssystem 3, 107
 Rechtsvereinheitlichung 62, 81, 91, 118
 Rechtswissenschaft 1, 8, 17, 22, 24, 31
 – französische 8, 17
 Reform(en) 6, 11–13, 17, 23, 25, 28, 30, 42, 50, 72–73, 90, 93–94, 96–103, 105, 110–112, 117, 119–122, 128, 130, 146, 187, 197, 199, 201, 205, 211–213
 – ökonomische 49–50, 119, 136
 – politische 50, 179
 – preußische 16, 24, 30, 32, 131–132, 136, 138–154, 157–161, 163–168, 170, 173, 178–182, 184, 187–188
 – soziale 119–120, 156, 179, 200
 Siehe auch Gesellschaftsreform
 Reformära (preußische) 13, 140, 169–170, 178, 184, 211–212
 Reformpolitik 13, 122, 124, 139, 145, 147, 150, 164, 174, 181
 Regierung 9, 15, 21, 34, 64, 82–84, 89, 93–97, 100, 102, 104, 107, 110–111, 114, 119–122, 125, 132, 136, 138, 140–145, 149, 154, 161, 166–167, 169–170, 172, 179–181, 187, 192, 194, 198, 203, 205, 208
 Regulierungsdikt 149, 162, 167–168
 Reich 2, 12, 36, 89, 95–96, 155, 165, 197
 Reichsdeputationshauptschluss 14
 Reichsverfassung 3, 97
 Religionsfreiheit 70, 90
 Reparationslasten, -schulden 144, 150, 158

- Repräsentanten 5, 15, 17, 27, 53, 55, 59, 83, 131, 137, 140, 143, 149, 161–162, 183–184, 204, 208–209
 Siehe auch Volksvertreter
- Repräsentation 68, 94, 99–100, 122, 140–142, 145–146, 152, 179, 205–208
 Siehe auch Nationalrepräsentation, Volksrepräsentation
- Repräsentativsystem 57
- Repräsentativverfassung 102, 142, 146, 152, 154–155, 158–159, 164, 184, 188–190
- Restauration 40, 155, 190, 192
- Revolution 13, 115, 117, 124, 152, 176, 210
- amerikanische 5–7
 - bürgerliche 11, 17, 59, 67, 88, 100, 190, 192, 200–201
 - französische 6–12, 17, 21, 23, 33, 36, 39–42, 45, 50, 53, 55–57, 59–65, 67, 69, 74–75, 78–79, 81–82, 84–85, 87–89, 92–93, 99, 103, 106–107, 113, 117, 121, 124, 127, 132, 135, 149, 192, 208
 - von 1848 10, 34, 36, 130, 164, 213
- Rezeption 21, 91–92, 103–106, 108, 116
- Rheinbund, -Staaten 14, 21, 89–93, 98, 103, 108, 115–116, 155, 173, 197, 212
- -Akte 89, 113
 - -Zeit/-Ära 102, 190, 197, 209, 211
 - -Fürsten 21, 95, 154
 - -Verfassung 91, 97, 191
- Rheinland 173, 175–179
- Rheinprovinzen 36, 176, 212
- Richter 3, 57, 81, 83, 99, 104, 110, 175, 192, 198, 204
- Rittergüter 135
- Sachsen 3, 92
- Selbstbestimmung 6, 26, 34, 45, 51, 54, 83, 86, 132, 140, 181, 193
- Selbstverwaltung 140, 165, 181
- Sklaverei 69–70, 128
- Souveränität 12, 14, 29, 55, 67, 91, 96, 103, 113, 155, 187–188, 190, 194, 197–198
- monarchische 189, 191
 - Fürsten- 95, 191–192
 - Volks- 10, 15, 17, 19–20, 23, 31, 55–57, 64, 83, 137, 155, 196, 200
- Sozialmodell 26, 39, 62, 68, 108, 132, 176
- Sozialordnung 3, 6, 8–9, 13–14, 23, 25, 27, 29, 37, 40, 44, 50, 53, 55, 61–62, 67, 71–72, 98, 106, 108, 115, 118, 179, 192, 200, 212
 Siehe auch Gesellschaftsordnung, Ordnung
- Sozialpolitik 32
- Sozialreform 8, 12–14, 16, 23, 50, 56, 94, 97, 110–111, 113, 116–117, 119–120, 138, 144, 147, 156, 164, 179, 200, 205
- Sozialstruktur 6, 47, 75, 109, 114, 206
- Sozialvertrag 133
 Siehe auch Gesellschaftsvertrag, Herrschaftsvertrag, Staatsvertrag
- Staat und Gesellschaft 18, 23, 27–29, 33, 35, 40, 44, 46, 92, 117, 140, 145, 147–149, 152–153, 157, 159, 172, 184, 194–195, 200, 204, 210
- Trennung von 23, 25, 27, 195
- Staat 3, 5, 7, 11–35, 39–40, 43–46, 48–53, 55–56, 67, 69, 79, 85, 87–89, 91–92, 94–97, 99–109, 113, 115, 117–119, 121–122, 127–129, 131–134, 138, 140, 142–145, 147–149, 152–153, 155, 157, 159–160, 166, 171–172, 174, 178, 190, 196–197, 200–201, 203–204, 209–210, 212–213
- absoluter 14, 47, 132, 194
 - französischer 7–8, 10, 12, 79, 109
 - monarchischer 6, 15, 19, 138, 146
 - preußischer 158, 166, 176, 179–185
 - süddeutscher 12, 14, 29, 36, 91, 98, 185, 187–191, 194–195, 203, 205
- Staatsaufgaben 16, 93
- Staatsbürger 99, 105–107, 113, 116, 119, 139, 141, 155, 170–171, 175, 190, 197–198, 212
- Staatsbürgergesellschaft 107, 141, 156, 206, 210
- Staatsbürgerrechte 197
- Staatsgewalt, staatliche Gewalt 1, 5–6, 15–16, 18, 22–23, 26, 29, 41, 67, 96, 113, 132, 155, 162, 171, 191, 193–194, 196, 198
 Siehe auch Öffentliche Gewalt
- Staatsorgan 27, 54, 56, 83
- Staatsorganisation 3, 24, 39, 42, 44, 55, 87, 98
- Staatsräson 19, 27, 129
- Staatsrat 83–85, 87, 99, 115–116, 122, 199, 202
- preußischer 22, 151, 156, 178, 180
- Staatsrecht 55–56, 99, 126, 134
- Staatsrechtslehre 1, 3, 5, 7, 17, 19–20, 193, 203

- Staatsverfassung 21, 42, 104–105, 107, 109, 121, 128, 131, 136, 183
 Siehe auch Verfassung, Konstitution
- Staatsvertrag 123, 183
 Siehe auch Herrschaftsvertrag, Gesellschaftsvertrag, Sozialvertrag
- Staatswille 18, 51, 195
- Staatszweck 18, 62, 64, 67, 118, 123, 127
- Stände 6–7, 15–16, 31–33, 39, 45–50, 59, 67, 72, 94–97, 100, 106, 110, 118–119, 121–122, 128, 134–135, 141–149, 152–154, 156–158, 160–162, 190, 195, 198–199, 202, 205–206, 208–211
- Ständegesellschaft 19, 25, 29, 45–46, 68, 70, 94, 107, 117, 129–130, 134–136, 140, 145, 147, 150
- Standesherrn 89, 197
 Siehe auch Feudalherren, Grundherren, Gutsherren
- Standesrecht 48, 50, 128, 134–135, 201, 210
- Ständestaat 190
- Standesschranken 3, 11, 13, 21, 25, 35, 49, 52, 54, 62, 92, 126, 158, 165, 170
- Standesunterschiede 35, 46, 48, 52–53, 60, 71, 100, 106, 127–128, 134, 159, 173, 197, 211
- Ständevertretung 95, 154, 167, 205, 208
- Standesvorrechte 34, 47, 49–50, 69, 81, 96, 102, 134, 139
 Siehe auch Privilegien
- Ständeversammlung 115, 119, 122, 153, 155, 189, 193, 202–203, 210
- Stein-Hardenbergsche Reformen, siehe Reformen, preußische
- Steuern 47, 58, 90, 94–97, 101–102, 107–108, 117, 119, 141, 144, 146, 153, 166–168, 170, 173, 176, 180, 182, 191, 193, 198, 207
- Steuergesetze 52, 149
- Steuerreform 79, 117, 150
- Strafrecht 3, 5, 176, 181, 199
- Süddeutschland 91, 93, 96, 101, 135, 187, 198, 211–212
- Testierfreiheit, Vererbungsfreiheit 24, 69, 71, 73–74, 86, 111, 129, 180
 Siehe auch Erbrecht
- Untertanen 11, 15, 45–46, 88, 94, 96–97, 101, 106, 118, 123, 125, 129, 132–134, 136, 138–139, 144, 158, 173, 198, 212
- Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit 33, 51, 67, 181, 200
- Verfassung, passim
- altständische 94–95, 102, 180, 185, 189, 205
 - amerikanische 5–6, 8, 57, 120
 - autoritäre 85, 88
 - badische 115, 190, 202
 - bayerische von 1808 94, 97–98, 187–188, 201–202
 - von 1818 172, 189–190, 195, 198, 206
 - bürgerliche 137, 145
 - demokratische 57, 190
 - des Großherzogtums Frankfurt 91, 110, 114, 189
 - des Rheinbunds 91
 - deutsche 15, 29, 34, 108, 155, 192–193, 197, 200–201
 - englische 5, 86
 - französische von 1791 44, 59, 61–63, 69, 87
 - von 1793 65, 67, 69
 - des Jahres III 67
 - von 1799 90
 - landständische 15, 152, 155, 189
 - monarchische 31, 61, 122, 192
 - monokratische 87
 - napoleonische (1804) 9, 83–85
 - nassauische 201
 - oktroyierte 120, 190–191
 - Pennsylvanias 120
 - politische 62, 88, 192
 - preußische 131–132, 149, 152–154, 156–157, 176, 189, 212
 - rechtliche 137
 - rheinbündische 91
 - ständische 97, 155, 177
 - süddeutsche 17, 191, 197–198, 205
 - toskanische 119–120
 - vereinbarte 120, 190–191
 - westfälische 90, 98, 113
 - württembergische 189, 191, 198–199, 203, 212
- Verfassungsauftrag 23, 34, 36, 70, 81
- Verfassungsbegriff 9, 12, 15, 31, 39–42, 44, 109, 137, 213
- Verfassungsdiskussion 55, 192, 208, 210
- Verfassungssatz 88, 123, 128
- Verfassungsfrage 91, 94, 139, 143, 149, 152, 156, 162, 187, 189
- Verfassungsgeber 3, 15, 204

- Verfassungsgebung 24, 29, 41, 59, 161, 170, 187–188
- Verfassungsgeschichte 1, 98
- Verfassungsordnung 200
- Verfassungsreform 116, 146
- Verfassungsstaat 2, 6, 9, 16, 28–30, 36, 39, 44, 83–84, 97, 118, 123, 127, 130–132, 136–139, 148, 150, 154, 156, 164, 172, 185, 187, 189, 194–196, 200, 205, 208, 212
- Verfassungstext 15, 31, 34, 90, 192
- Verfassungstheorie 107
- Verfassungsurkunde 30, 66, 107, 189, 193
- Verfassungsversprechen 144, 151–152, 156, 172, 175–176
- Verfassungsvertrag 193
- Vernunftrecht, vernunftrechtlich 12, 17–18, 20–22, 46–47, 105, 127–129
- Verordnungsrecht 196
- Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, siehe Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit
- Vertrag 25, 47, 54, 76–77, 86–87, 89, 119–120, 123, 129, 133, 163, 167, 169
- Vertragsfreiheit 24, 61, 69, 79, 85–86, 103, 124, 129, 169, 175, 180
- Verwaltung 13, 16, 54, 87, 93–94, 98, 109–110, 118, 121, 139–140, 142–143, 145, 149, 153, 164–165, 173–174, 178, 181, 188, 190, 193–194, 199, 203–204
Siehe auch Exekutive, Gewalt, exekutive
- Verwaltungsakt 3, 57
- Verwaltungsreform 13, 16, 94, 102, 151
- Vierter Stand 36
Siehe auch Arbeiter
- Volk 7, 15, 18, 20, 22, 41–42, 57, 63–67, 82–84, 88, 104–105, 109, 120–121, 124, 131, 137, 142, 145, 152–155, 160, 165, 183, 191–193
- Volksfreiheit 20, 191
- Volksgeist 22, 182
- Volksrecht 18, 42, 65, 88, 121, 137, 153, 183–184, 191, 193
- Volksrepräsentation 68, 181, 188, 190, 206
- Volkssoeveränität 10, 15, 17, 19–20, 23, 31, 55–57, 64, 83, 137, 155, 192, 196, 200
- Volksvertreter 56, 141–143, 160
Siehe auch Repräsentanten
- Volksvertretung 15, 31, 39, 64, 98, 119, 141–142, 145, 152, 154, 181, 190, 192–193, 195, 201, 203–205, 209–210
Siehe auch Parlament
- volonté générale 39, 44, 52, 56, 196, 200
- Vormärz 36, 169, 179, 213
- Wahlgesetz 31–32, 57–59, 63, 67, 80, 119, 172, 205–211
- Westfalen (Königreich) 14, 21, 90–91, 109–111, 113, 166
- Wiener Kongress 14–15, 23–24, 154, 172, 201
- Wiener Schlussakte 15
- Wille 3, 9–10, 13, 15–16, 18, 22–23, 26–27, 29, 32, 35, 44–45, 47, 50–51, 54, 56–57, 59, 61, 64, 68, 86, 93, 112, 133, 137, 148, 163, 175–176, 182–183, 192, 194–196, 200, 203
Siehe auch Individualwille
- Willenserklärung 54, 61, 86
- Wirtschaft 6, 10, 13, 19, 25, 27–29, 33, 35, 46, 49, 51, 54, 69, 72–73, 80, 86, 92, 94, 101, 112, 115, 131, 135, 144–146, 158–159, 165, 169, 170–171, 203, 209
– gewerbliche 138, 164, 166, 173
Siehe auch Landwirtschaft
- Wirtschaftsbürgertum 36, 92, 132–133, 139
- Wirtschaftsfreiheit, siehe Freiheit, wirtschaftliche
- Wirtschaftsgesellschaft 35, 145
- Wirtschaftslenkung 25, 30, 87, 119, 203
- Wirtschafts- und Sozialordnung 50, 71, 173
- Wirtschaftssystem 25, 27–30, 33, 54, 81, 165, 212
- Wissenschaftsfreiheit 33
- Wohlfahrtsausschuss 66, 124
- Württemberg 89, 92, 95–96, 102, 152, 154, 187, 189–193, 198–200, 202–203, 205–208, 212
- Zensus 57–59, 67, 207–209
- Zensuswahlrecht 207
- Zivilehe 70, 87, 117
- Zünfte 13, 21, 25, 49, 51, 60, 79–80, 102, 117, 145, 165–169
- Zunftverfassung 102, 181
- Zunftzwang 165, 169
- Zwang 32, 46, 54, 56, 78, 115, 117, 120, 141, 144, 146, 158, 165, 174, 190–191, 197